

## REFORMISMUS DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ZUR ZEIT DER WEIMARER REPUBLIK

Von  
SÁNDOR VADÁSZ

### *Die deutsche Sozialdemokratie im System der Weimarer Demokratie*

In den der militärischen Niederlage vom Jahr 1918 folgenden Revolutionsjahren war das Ziel der linksorientierten Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung die Schaffung eines Räteystems. (Es sei betont, dass sich nicht allein die Kommunisten, sondern in ihrem Leipziger Programm vom Jahr 1919 auch die unabhängigen Sozialdemokraten vorübergehend auf die Grundlage der Rätemacht stellten.) Der überwiegende Teil der Sozialdemokraten, die sogenannten Mehrheitssozialisten wünschten jedoch weder eine Stürzung des Kapitalismus auf revolutionären Weg, noch eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesellschaft.<sup>1</sup> Den Memoiren des Herzogs Max von Baden gemäss hätte Friedrich Ebert ihm anfangs November 1918 angeblich folgendes gesagt: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde“<sup>2</sup>, er konnte demnach nur eine rein politische Revolution akzeptieren. Hinsichtlich einer globalen Beurteilung der folgenden Epoche und einer Bestimmung der strategischen Richtlinie der Sozialdemokratie verdient der von Eduard Bernstein am 28. Dezember 1918 in Berlin unter dem Titel „Was ist Sozialismus?“ gehaltene Vortrag Beachtung. In diesem knüpfte er den Kampf der Arbeiter gegen den Staat an einen bestimmten Grad der Entwicklung, ferner begründete er ihn mit einer gegebenen Staatsform. „Was jedoch die *Funktion* (Hervorhebung von B.) des Staates betrifft als Zusammenfassung des grossen Ganzen der Nation, als berufener Hüter des grossen Gemeininteresses, da stehen die Arbeiter mit ihm auf einem Boden.“ Eine völlige Emanzipation der Arbeiterklasse hielt er ausschliesslich in der Demokratie für möglich, die er folgendermassen definierte: „Demokratie ist die Aufhebung jedes Klassenvorrechts, das gleiche politische Recht aller, nicht nur für die Wahl zu den öffentlichen Vertretungskörpern. Die Demokratie greift aber noch viel weiter. Sie überträgt sich auf das ganze Rechtswesen und noch auf eine Reihe anderer öffentlicher Einrichtungen. Sie drängt in der modernen Gesellschaft mit Notwendigkeit zur Beseitigung aller kapitalistischen Monopole, beziehungsweise zur Entkleidung ihres kapitalistischen Charakters. Sie steigert die Organisation der Arbeiter als Klasse für ihre wirtschaftlichen Kämpfe, sie steigert die Bedürfnisse von Staat und Gemeinden.“<sup>3</sup> In diesem Textab-

schnitt ist das Weiterleben der alten, revisionistischen Anschauungen Bernsteins (die Privilegien der Kapitalistenklasse überlassen den demokratischen Einrichtungen Schritt für Schritt Raum) unschwer zu erkennen, es wäre jedoch ein Fehler in diesen ausschliesslich die Kontinuität, richtiger die unveränderte Fortsetzung zu erblicken. Er prüfte sowohl in diesem Vortrag wie auch in seinem in den 1920er Jahren erschienenen Werken jene Frage, wie man die alten Thesen des Reformismus den — seinerseits nur zu sehr bewussten — wesentlichen Änderungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse anpassen könnte.

Wenn wir die Äusserungen der zeitgenössischen Sozialisten untersuchen, können wir die Erklärung Rudolf Breitscheids am Magdeburger sozialistischen Parteitag vom Jahr 1929 für die ganze Weimarer Epoche als gültig betrachten: „Wir Sozialdemokraten haben diese Verantwortung gegenüber den Staat gezeigt, obwohl dieser Staat noch ein Rohbau ist, in den wir erst die Wohnungen nach unserm Geschmack und unsern Interessen einbauen wollen. Aber der Rohbau ist da, wir können ihn nicht ohne die schwerste Schädigung für die Arbeiterschaft zerstören lassen. Deshalb haben wir auch die Verantwortung für diesen Staat.“<sup>4</sup> Wenn Breitscheid die Meinung der sozialdemokratischen Parteileitung zum Ausdruck brachte, so tat dies Fritz Tarnow bezüglich der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Feststellung, wonach die SPD zwischen 1918 und 1939 in einer Person Arzt und Erbe am Krankenbett des Kapitalismus war. Die Einnahme dieser Doppelfunktion verursachte natürlich zahlreiche Schwierigkeiten. Wir wollen die Meinung zweier nahen Zeitgenossen zitieren. Wolfgang Abendroth bezeichnete auf die Frage, worin er den grundlegenden prinzipiellen Unterschied zwischen der KPD und der SPD erblickt, letzteren in der Nicht-Identifizierung, beziehungsweise der Identifizierung mit der Weimarer Republik. „So wird es für die Sozialdemokratie charakteristisch, dass sie sich mit der Weimarer Republik als *Staat*, nicht nur als *Verfassung* völlig identifiziert.“<sup>5</sup> (Heraushebungen von A.) Nach Helmut Schmidt war die praktische Politik der SPD in der Periode zwischen 1918 und 1933 ungeachtet dessen, dass ihre politische Theorie der Marxismus bestimmte, vom Pragmatismus gekennzeichnet. „Man könnte formulieren: in jenen beiden Generationen hat zwar diese Partei marxistisch theoretisiert, aber lassalleanisch gehandelt.“<sup>6</sup> Bei einer anderen Gelegenheit erklärte er, dass sich diese Zwiefältigkeit „mit Kautsky zu theoretisieren und mit Bernstein zu handeln“ für die SPD als verhängnisvoll erwiesen hat.<sup>7</sup>

Aus dem allen folgt, dass wir als Tatsache feststellen können: *die deutsche Sozialdemokratie bekannte sich voll und ganz zur Weimarer bürgerlichen Demokratie, verteidigte diese und betrachtete die Republik — wie dies aus den noch später zu behandelnden Programmen und pragmatischen Erklärungen hervorgeht — für einen Rahmen in dem sich die sozialistische Umgestaltung im reformistischen Sinn vollziehen kann.* Sie setzte das Gewicht auf eine formelle Funktion der demokratischen Einrichtungen und betrachtete sich selbst als eigentlichen Träger der demokratischen Republik. Das Bewusstsein der Sozialdemokraten wurde in dieser Beziehung



durch zwei wichtige Erkenntnisse bestimmt. Erstens, dass die Weimarer Verfassung ihnen, im Gegensatz zum kaiserlichen Deutschland, tatsächlich einen unvergleichbar breiteren Bewegungsraum zusicherte, was sie für eine Errungenschaft hielten, die es sich lohnt zu verteidigen. Das andere bestimmende Element dieses Bewusstseins war die Ansicht, dass sich die Sozialdemokratie für Mutter und Erhalten der Demokratie betrachten kann. Da aber — abgesehen von einer dünnen Schichte des demokratisch gesinnten und liberalen Bürgertums — die Grossbourgeoisie sich tatsächlich niemals richtig zum neuen System bekannt hat (was sich endgültig um die Wende der 1920 — 30-er Jahre, zur Zeit der Agonie Weimars bewahrheiten wird), erweist sich dieses Meinungssystem für kein falsches Bewusstsein, die Sozialdemokratie war in Wirklichkeit *die* Verteidigerin der Verfassung, des demokratischen Gedankens und des sozialen Fortschritts, wie hierauf jüngst der Verfasser einer der neuesten Synthesen hinwies.<sup>8</sup> Gleichzeitig hielt die führende Garnitur der SPD und der Gewerkschaftsbewegung den seit 1924 erfolgten wirtschaftlichen Aufschwung für ungebrochen, was sich als Illusion bewiesen hat, überdies wurde ein ansehnlicher Teil der Arbeiterklasse in der Politik und in den sozialen Konflikten schutzlos und unvorbereitet.

*Die Aufgabe ist nun die Bewusstseinssphäre mit der zeitgenössischen gesellschaftlichen Wirklichkeit in Zusammenhang zu bringen, mit anderen Worten ihre Wurzeln in jenen Strukturen zu suchen, die sich von jenen vor 1918 im hohen Mass unterschieden. Diese Verbindung ist in den Realitäten der politischen Praxis am augenfälligsten und daher am besten ausdrückbar. Der in der Geschichtsliteratur sehr eingehend erörterte Vorgang, in dessen Verlauf die Führer der deutschen Sozialdemokratie, an ihrer Spitze mit Ebert und Gustav Noske, den von den Spartakisten geleiteten revolutionären Aufstand niedergeworfen haben, ist wohlbekannt, es war also ihre zur These gehärtete Überzeugung, wonach sie, die Sozialdemokraten, anlässlich der Geburt der Weimarer Demokratie an der Wiege gestanden sind, keine Übertreibung. Dies war jedoch erst der Anfang. Aus einer blossen Aufzählung der wichtigsten Tatsachen kann hervorgehen, wie sehr die Sozialdemokratie in den Staatsmechanismus eingebaut war. Von 1918 bis 1920 stand unwiderlegbar die SDP am Steuer; 1923 und zwischen 1928 und 1930 war sie als Mitglied der grossen Koalition Teilhaberin der politischen Macht. Die Anzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten war während der ganzen Periode beträchtlich, und zwar nicht allein im Reichstag, sondern auch in den Landtagen der einzelnen Provinzen. (Im Jahr 1929 betrug sie ein Drittel aller Abgeordneten.) In so bedeutenden Provinzen, wie Baden, Hamburg und Hessen bestimmten sie ausschlaggebend die Tätigkeit der Regierung. Ein Sonderplatz gebührt ihnen in Preussen. Hier übten die Sozialdemokraten — von kurzen Unterbrechungen abgesehen — von 1919 ganz bis zur Machtergreifung Hitlers die ausschliessliche Macht aus. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass sie aus dem Schmied des Reiches, der einstigen Hochburg des Konservatismus unter der Leitung der Ministerpräsidenten Paul Hirsch und Otto Braun, hauptsächlich aber des energischen Innenministers Carl Severing ein „rotes Preus-*



sen“, das Modell „des republikanischen Volksstaates“, gleichsam einen „sozialen Musterstaat“ zustandebringen wollten, der die übrigen Provinzen der Weimarer Republik zur Nachahmung verleiten sollte.

Die aufgezählten Angaben bilden jedoch – so bedeutend sie an sich auch sein mögen – nur die Spitze des Eisberges. Meines Erachtens widmete bisher die marxistische Geschichtsliteratur eine viel geringere Aufmerksamkeit der unter der sichtbaren Oberfläche verborgenen, aber nicht weniger wichtigen – weil breiten – Grundlage. Tausende von Sozialdemokraten schalteten sich in mehreren tausend Städten und Gemeinden in die Kommunalpolitik ein. Laut einer Angabe aus dem Jahr 1929 hatten über 46 000 Sozialdemokraten ihren Platz in den Provinz-, Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen. Das Vorwort des Buches, dem wir diese Angabe entnommen haben, legt die Erwartungen der Kommunalpolitik gegenüber, ihren Platz im System der sozialdemokratischen Tätigkeit in sehr interessanter Weise dar. Nachdem der Verfasser feststellte, dass die Sozialdemokraten mit ihrer vielseitigen realpolitischen Tätigkeit, mit deren Hilfe sie auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens, zu jeder Stunde des Tages für eine Verbesserung der Lage der Werktätigen kämpfen, die Anzahl ihrer Gegner, die sie der völligen Unfähigkeit für die praktische Arbeit bezichtigen, verringert haben, fährt er wie folgt fort: „Aus der Gemeinde, als der kleinsten Zelle unseres Staats- und Volkslebens, soll die gesunde Kraft unseres Volkskörpers entstehen, zum Segen und zum Wohle einer wirklich freien, sozialen, deutschen Republik!“<sup>9</sup> Das Ziel ist also der „Gemeindesozialismus“. Es ist dies keine neue Idee, sie kann ebenfalls auf Bernstein zurückgeführt werden, dessen Einfluss auf die Argumentation des Verfassers auch ansonsten fühlbar ist. Obwohl es zur Beratung über eine Konzeption der zukünftigen Wirtschaft erst später kam, erachte ich es für notwendig zu erwähnen, dass das Rückgrat der skizzierten Kommunalpolitik die wirtschaftliche Tätigkeit bildete, oder zumindest bilden hätte müssen, die sozialdemokratischen Abgeordneten urgierten eine Übernahme der Betriebe in Gemeindebesitz, worüber übrigens im April 1920 ein Gesetz erbracht wurde.

Wenn wir zu den in die verschiedenen Vertretungskörperschaften delegierten SPD-Mitgliedern die Gewerkschaftsfunktionäre und aktiven Gewerkschaftsmitglieder, die ein kleineres Heer ausmachenden Leiter der Genossenschaftsbewegung, ferner die Schriftleiter der sozialdemokratischen Organe, die auf kulturellem Gebiet tätigen Parteimitglieder usw. hinzurechnen, scheint es überhaupt keine Übertreibung zu sein, wenn wir die Anzahl der im staatlichen und öffentlichen Leben der Weimarer Demokratie aktiv mitwirkenden Sozialdemokraten in einer Größenordnung von Hunderttausend denkend bestimmen. Diese zahlreiche Körperschaft bildete die gesellschaftliche Basis des von Bernstein inspirierten, jedoch für die geänderten Verhältnisse adaptieren, neuartigen Reformismus. Die Präsidentschaft Eberts an der Spitze der Republik (bis zu seinem Tode im Jahr 1925) krönte gleichsam dieses System und brachte den sozialdemokratischen Charakter der Weimarer Demokratie voll zum Ausdruck.

Die obige skizzenhafte Prüfung der durch die politische Struktur



induzierten Wirkungsmechanismen bringt uns wohl der Beantwortung gestellten Fragen näher, sie gibt uns jedoch keine vollwertige Antwort. Wenn wir nach dem seitens der Sozialdemokratie gegenüber der Weimarer Demokratie ausgestalteten Standpunkt, nach dessen Wurzeln forschen, finden wir die letztliche Erklärung in den Wandlungen, die in der Wirtschaftsstruktur erfolgt sind, deren Ausgangspunkt der Erste Weltkrieg war. Dieser ging als totaler Krieg in die Kriegsgeschichte ein. Die in der Geschichtsliteratur mehrfach aufgetauchte Angabe, wonach an einem einzigen Tag des Kampfes an der Marne so viel Kriegsmaterial verbraucht wurde wie im französisch-preussischen Krieg der Jahre 1870 – 71 insgesamt, veranschaulicht, wie kompliziert die ausserordentlichen Aufgaben der imperialistischen Kriegswirtschaft waren: zwecks Erreichung einer jedes frühere Mass übertreffenden Produktion mussten die Rohstoffbeschaffung, die Organisierung der Arbeitskräfte, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizmaterial, der Verkehr und zu alledem natürlich die Auftreibung der finanziellen Deckung gelöst werden. Die Regierungen des kaiserlichen Deutschlands vermochten nur durch eine immer kräftiger gesteigerte Konzentration des Kapitals und der Produktion den Bedarf der Fronten zu befriedigen. Im Zustandebringen der Monopolorganisationen spielte der Staat die Hauptrolle, ja in einzelnen Sektoren der Industrie (Stromerzeugung, Aluminiumindustrie) trat er selbst als Monopolist auf. Die Folge war eine zunehmende Verflechtung des Staatsapparates mit den Monopolorganisationen, das heisst es kräftigten sich die staatsmonopolistischen Tendenzen. Die Arbeiter bekamen freilich die Last dieser Situation auf eigener Haut zu spüren: die Betriebe wurden einer militärischen Verwaltung unterstellt, die Arbeitskraft der Werktätigen beutete man bis aufs letzte aus, sie wurden ihren in einem mehr Jahrzehnte währenden Kampf erworbenen Rechte beraubt. Nach Beendigung des Weltkriegs hörte wohl die Kriegswirtschaft auf, die Folgen der Monopolisierung erwiesen sich jedoch für dauernd. Der staatsmonopolistische Apparat war daran interessiert, die Beschäftigung der Arbeitskraft, ihren tatsächlichen Einsatz bis zu einem gewissen Grad zu planen, ganz besonders aber den gesellschaftlichen Frieden, die Ruhe zu gewährleisten. Die geschichtliche Lösung dieser wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lage war auf zweierlei Weisen möglich. Einerseits auf revolutionärem Weg, durch Stürzung der Herrschaft der monopolistischen Grossbourgeoisie und Verstaatlichung der Produktionsmittel, wie es die Kommunisten wollten, andererseits so, wie es die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiführungen beschlossen haben, die das Dilemma „Rätewacht oder Nationalversammlung“ zugunsten der letzteren lösten. Dieser Beschluss bedeutete nicht einfach eine Verneinung, sein positiver Kern war die Vorstellung, dass die Gewerkschaften zum Bestandteil des Staates werden und so die völlige Emanzipation der Arbeiter erkämpfen können. Die praktischen Mittel zur Erreichung dieses Zieles wären die Sozialisierung, die Institution der Betriebsräte und die paritätische Teilnahme der Gewerkschaften in den Wirtschaftskammern, sowie in den leitenden Körperschaften der einzelnen Industriezweige gewesen.



Die Weimarer Nationalversammlung verabschiedete am 23. März 1919 das Sozialisierungsgesetz. § 1 dieses Gesetzes bezeichnete die Arbeitskraft als „höchsten wirtschaftlichen Wert“, der unter besonderem Schutz des Reiches steht. Laut dem als entscheidend wichtig erscheinenden § 2: „Ist das Reich befugt . . . für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen.“ Dieses Gesetz war jedoch sozusagen von keinerlei Nutzen. Die am 11. August 1919 verabschiedete Verfassung kodifizierte – erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte – das Recht zur Arbeit, sie stellte die Arbeitskraft unter besonderen Schutz des Staates und gewährleistete den Arbeitern das Vereinigungsrecht. Der am häufigsten zitierte Artikel 165 besagte; „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“<sup>10</sup> Dieser Artikel sah die Schaffung von Betriebsarbeiterräten, nach Wirtschaftssparten gegliederten Kreisarbeiterräten und eines Reichsarbeiterrates vor. Er stellte auch die Bildung eines Reichswirtschaftsrates in Aussicht, der sämtliche grundlegende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Gesetzanträge, noch bevor sie dem Parlament vorgelegt werden, gutheissen hätte sollen. Der Artikel 165 versprach also nicht weniger als die Gewährleistung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten, den Einbau der Betriebs- und überbetrieblichen Vertretungen in den Mechanismus der gesetzgebenden und der Vollzugsmacht. In Wirklichkeit realisierte sich hiervon äusserst wenig. Eigentlich funktionierten nur die auf unterster Ebene zustandegebrachten Körperschaften, Kreisaräte wurden überhaupt nicht gebildet. Der im Frühjahr 1920 gebildete Reichswirtschaftsrat bestand wohl bis 1933, doch war sein Bestehen nur ein scheinbares, die tatsächlichen Kräfteverhältnisse verurteilten ihn zur Bedeutungslosigkeit. Auch im Schosse des ebenfalls im Sinne des Artikels 165 zustandegebrachten Reichskohlenrats und Reichskalirats verwirklichte sich die paritätische Vertretung der Arbeiter nicht, ungeachtet dessen, dass diese Organisationen von Beginn an über einen sehr engen Wirkungskreis verfügten.

In einzelnen sozialdemokratischen Kreisen hegte man grosse Hoffnungen an das am 4. Februar 1920 verkündete Gesetz bezüglich der Betriebsräte. Dem gingen langwierige Beratungen und heftige Debatten bevor. Bei Prüfung der Umstände seines Zustandekommens müssen wir die Geschehnisse und Erfahrungen des vorhergehenden Jahres 1919 berücksichtigen: die blutige Niederwerfung der Bayerischen und der Bremer Räterepublik, die Schwäche des aufgrund der Weimarer Verfassung zustandegekommenen ersten Betriebsräte, den Umstand, dass der Rätegedanke trotz gewaltsamer Unterdrückung der Streiks in Mitteldeutschland, Westfalen und Berlin im Kreise der Arbeiter weiterlebte. Im § 1 des Gesetzes vom Jahr 1920 heisst es: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer . . . dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung der Betriebs-



zwecke sind in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, Betriebsräte zu errichten.“<sup>11</sup> Auf rein logischem Wege kann man unschwer darauf folgern, dass sich die Erfüllung der beiden Aufgaben in einem namhaften Teil der Fälle gegenseitig ausschliesst, beziehungsweise, dass die eine nur zu Lasten der anderen erfüllt werden konnte. Ausserdem hegte die Regierung im Zusammenhang mit diesem Gesetz auch Hintergedanken, wie dies der zur Parlamentsgruppe der Unabhängigen gehörende Curt Geyer im Laufe der Debatte über den Gesetzantrag betont hat: „Auch diesen Gesetzentwurf legte sie keineswegs vor, weil sie aus der fortschreitenden Zerstörung des Wirtschaftslebens den Schluss gezogen hätte, dass es nunmehr höchste Zeit sei, zu ernsthaften sozialistischen Massnahmen zu greifen, sondern sie wollte diesen Gesetzentwurf ebenfalls nur vorlegen, um der sozialrevolutionären Bewegung der Arbeiterschaft eine Grenze zu ziehen.“<sup>12</sup>

Die Divergenz zwischen Zielen und Ergebnissen zeigte sich sehr bald, was die Wahlergebnisse vom Juni 1920 beweisen. Gegenüber der ersten Nachkriegswahl hat die SDP fast 6 Millionen Stimmen eingebüsst, etwa die Hälfte ihrer enttäuschten Wähler stimmte auf die USDP, ein geringerer Teil ging zur KPD über. Dessenungeachtet wäre es falsch jenen Umstand ausser acht zu lassen, dass den besprochenen Gesetzen und Verordnungen nach wie vor zahlreiche Illusionen und Hoffnungen anhafteten, und dass die tatsächliche Wirksamkeit der aus Arbeitern und Kapitalisten bestehenden neuen Organisationen erst nach längerer Zeit ans Tageslicht gelangte. Auch der Umstand darf nicht hintangesetzt werden, dass in der Weimarer Demokratie auch in der zweiten Hälfte der 20er Jahre soziale Gesetze geschaffen wurden. So wurde beispielsweise 1926 ein Gesetz über die Arbeitergerichte, ein Jahr später aber ein solches über die staatliche Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung geschaffen. Erstmals in der deutschen Geschichte konnten die Arbeitslosen einen rechtlich garantierten Anspruch auf finanzielle Unterstützung erheben, deren materielle Grundlage die teils von den Arbeitern selbst, teils von den Arbeitgebern eingezahlten Beiträge bildeten. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929–33 zeigte es sich dann endgültig, dass die Weimarer bürgerliche Demokratie ausserstande war die systematische Unterstützung der Millionen von Arbeitslosen zu lösen (Massen der Sozialdemokraten begannen damals der früher glorifizierten republikanischen Staatsordnung den Rücken zu kehren), was die faschistische Machtergreifung erleichterte. In Erwägung der gleichzeitigen Wirkung von Faktoren mit unterschiedlichem Vorzeichen die nicht besprochene Kritik der latent vorhandenen kommunistischen Bewegung über die sozialdemokratische Bewegung und die Wirkung der ersteren auf den linken Flügel der SPD mit imbegriffen, können wir zur Schlussfolgerung gelangen, dass das Arbeitsrecht, die Garantie des Arbeiterschutzes in verfassungsmässig-institutioneller Weise eine bedeutende Rolle darin spielten, dass sich die Sozialdemokratie mit Weimar identifizierte und in der Mehrzahl den Weg des Reformismus betrat.

In diesem Abschnitt muss noch eine Frage erörtert werden: wie gestaltete sich die Schichtung der deutschen Arbeiterklasse und welche Ver-



änderungen gingen in der Mitgliedschaft der SDP (die sich im September 1922 mit der Minderheit der USPD vereinigte) im Laufe der 1920er Jahre vor. Gemäss der Beschäftigungsstatistik vom Jahr 1925 machten die Arbeiter 45,1% der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Der Anteil des Stammes der Arbeiterklasse, der von kapitalistischen Industrieunternehmen beschäftigten Lohnarbeiter betrug 34% (11 Mill.). Wenn wir nur die über 50 Arbeiter beschäftigenden Betriebe in Betracht ziehen, ändert sich diese Zahl auf 7 Mill. Die Anzahl der hochqualifizierten Facharbeiter kann ca. 2,5 Mill. betragen, doch deren Mehrheit (1,9 Mill) war nicht in der Produktion, sondern im Verkehr beschäftigt. Gegenüber dem Stammbestand von 7 Mill. waren 10 Mill. Arbeiter in den mehr oder minder auf Handwerksbasis arbeitenden Zweigen oder im Verkehr, beziehungsweise in der Landwirtschaft tätig. Aus den statistischen Daten kann als wichtigste Folgerung gezogen werden: die deutsche Arbeiterklasse war sehr heterogen zusammengesetzt.

Der Anteil der übrigen Gesellschaftsschichten nahm innerhalb der Gesamtzahl der Erwerbstätigen um die Mitte der 1920er Jahre zu, da die Anzahl der Arbeiter zu stagnieren begann. Die Beamten und Angestellten machten im Jahr 1926 16,5% der Erwerbstätigen aus. Laut Statistik vom Jahr 1926 gehörten hinsichtlich der Wirtschaftslage 50% der Bevölkerung den unteren Schichten an; hierher kann auch der von der Inflation arg betroffene und verproletarisierte Teil der Mittelschichten gezählt werden. Das Kleinbürgertum mit einem Anteil von 12% befand sich in einer kaum etwas besseren Lage.

Die Daten bezüglich der Mitgliederzahl der SDP weichen in den verschiedenen Bearbeitungen nur wenig voneinander ab. Im bewegten Jahr 1919 zählte sie 1 Million Mitglieder, 1920 um fast 200 000 mehr, bis 1925 verringerte sie sich auf 650 000. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise erreichte die Anzahl der Mitglieder abermals 1 Million und dieser Stand blieb mit geringen Abweichungen bis 1931 erhalten. Sehr interessant änderte sich die soziale Zusammenstellung der Parteimitgliedschaft. Vor dem Ersten Weltkrieg waren es noch 90% Arbeiter; bis 1926 verringerte sich dieses Verhältnis bereits auf 73%, bis 1930 aber schon 60%. Gleichzeitig änderte sich der Anteil der anderen Gesellschaftsgruppen angehörenden Mitglieder: Im Jahr 1930 betrug der Anteil der Angestellten 10%, der der Beamten 3%, jener der Hausfrauen – die überraschend hohe Zahl von – 17%.<sup>13</sup> Diese Ziffern beleuchten zahlreiche sehr wichtige Tendenzen, die sich namentlich nach dem Zweiten Weltkrieg steigerten: die sozialdemokratische Partei begann ihren fast rein proletarischen Charakter zu verlieren und wurde von einer Klassenpartei immer mehr zur Gruppierung der vom Lohn und Gehalt Lebenden. Indem wir zu den sozialdemokratischen Parteiprogrammen der 1920er Jahre und zur Erörterung ihrer sonstigen Stellungnahmen grundsätzlichen Charakters übergehen, dürfen wir diese Umgestaltung selbstverständlich nicht ausser acht lassen.



*Das Görlitzer Parteiprogramm von Jahr 1921*

Der Name Bernsteins wurde schon wiederholt erwähnt und dies ist kein Zufall, denn der „Vater des Revisionismus“ wirkte nach 1918 bis in die Mitte des 1920er Jahrzehnts sehr tatkräftig in der Erarbeitung der neuen theoretischen Richtlinie der SDP mit. Unter anderem war er es, der in seiner 1920 veröffentlichten, über 150 Seiten umfassenden Broschüre den Gedanken aufgeworfen hat, dass das nach dem offiziellen Standpunkt der Partei noch immer gültige Erfurter Programm vom Jahr 1891 umzuarbeiten sei, da der Erste Weltkrieg und die dem folgenden Revolutionen neue theoretische und methodische Fragen in den Vordergrund brachten, andererseits weil die Revolutionen die Erfurter Forderungen zum Teil oder ganz verwirklicht haben. Hinsichtlich der Art und Weise einer Adaptation auf die historischen Bedingungen war er der Meinung, dass das neue Programm konkreter abgefasst werden müsse und nicht so sehr die Forderungen aufzuzählen, sondern vielmehr die Zielsetzungen der sozialdemokratischen Politik präzise zu bestimmen habe. Am Geist des Parteiprogramms wünschte er nichts zu ändern: „die Sozialdemokratie steht nach wie vor auf dem Boden der soziologischen Entwicklungslehre, wie Marx und Engels sie ausgearbeitet haben.“ Davon ausgehend, dass die Kleinbetriebe immer mehr hinter die profitgierigen Kartelle und Syndikate gedrängt wurden, dass die Produktion und der Austausch immer mehr einen gesellschaftlichen Charakter angenommen haben, demgegenüber das Verhältnis des Eigentümers zu seinem eigenen Betrieb nur ein äusserliches, also kein funktionelles Verhältnis ist, gelangte Bernstein zu der Feststellung, dass eine Übernahme der Monopolorganisation in gesellschaftlichen Besitz die Klasseninteressen der Arbeiterschaft erfordern. Über die Beziehung zwischen *Demokratie und Sozialismus* meinte er: Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, in den Provinzen ebenso wie in den Gemeinden, „als Mittel der Verwirklichung der politischen Gleichheit aller und als Hebel für die Vergesellschaftung des Bodens und der kapitalistischen Betriebe. Sie ist nicht Partei der Arbeiter in dem Sinne, dass sie nur Arbeiter in ihre Reihe aufnimmt; wer ihre Grundsätze annimmt und vertritt, das heisst wer zu den Fragen des Wirtschaftslebens im Sinne des Kampfes der schaffenden Arbeit gegen den ausbeuterischen Besitz Stellung nimmt, gehört in ihre Reihe.“<sup>14</sup> (Meines Erachtens ist die als Zusatz anmutende ergänzende Bemerkung Bernsteins, wonach die Sozialdemokratie sich deshalb in erster Linie an die Arbeiter wendet, weil ihre Befreiung vor allem ihre Sache ist, nur von untergeordneter Bedeutung.) Im Görlitzer Parteiprogramm kam diese Auffassung restlos zur Geltung.

Bernstein war gewiss ein führendes Mitglied jenes Programmausschusses, der 1920 gewählt und im folgenden Jahr auf 28 Mitglieder ergänzt wurde. Bei Bewertung des seitens des Ausschusses mit bloss zwei Gegenstimmen angenommenen grundsätzlichen Teiles und des Programms im allgemeinen müssen zwei wichtige Gesichtspunkte unbedingt berücksichtigt werden. Vor allem, dass jedes Parteiprogramm ein „Endprodukt“ ist, das heisst, dass es als Ergebnis langwieriger Debatten, in vielen Fällen



von Kuhhandel oder zumindest von Kompromissen zustandekommt. Daraus folgt, dass es nicht genügt den endgültigen Text des Programms zu prüfen, man muss vielmehr auch die Debatten selbst sorgfältig studieren, da die Diskussionsbeiträge mehr von den Absichten und von der ganzen Atmosphäre des Kongresses verraten. Wesentlich ist ferner, dass die Ersteller des Programms mit den historischen Traditionen rechnen mussten, die im Falle der deutschen Sozialdemokratie besonders reich sind.

Von diesen Prämissen ausgehend fällt uns vor allem das ins Auge, dass der die mehrheitlichen Sozialdemokraten vertretende Löbe, als Referent des Programmausschusses mit grossem Nachdruck die Treue zu dem von Karl Kautzky (er selbst nahm an den Vorarbeiten nicht teil) redigierten Erfurter Programm, hervorhob und den geschichtlichen Zusammenhang zwischen den beiden Programmen betonte, welche Behauptung – seines Erachtens – im Aufbau, in der Gliederung und in der einheitlichen Sprache in Erscheinung tritt. Seine Worte an die bürgerlichen Parteien richtend brüstete er sich damit, dass die SPD die „Partei der Weltanschauungen“ bleibt und nicht „zur Partei der momentanen Erfolge“ werden will. Ähnlicherweise war für ihn eine Quelle des Stolzes, dass von sämtlichen Parteien der II. Internationale gerade die deutsche es war, die nach dem Weltkrieg als erste den Versuch der Formulierung eines neuen Programms unternommen hat. Es hat jedoch den Anschein, dass die Treue zu den Grundsätzen des Erfurter Programms und Betonung der Grundsätzlichkeit im allgemeinen eher taktischen Zwecken diene, zur Beruhigung jener Parteimitglieder, die noch im alten Geist erzogen wurden und an den kämpferischen Traditionen festhielten. Löbe legte nämlich in seinem Bericht den Nachdruck unmissverständlich auf die Differenzen, auf das Vorhandensein einer geänderten historischen Situation. Nach seiner Erklärung waren sie zur Erfurter Zeit noch in die Opposition gedrängt, jetzt aber müssen sie ihren Teil an der Arbeit, an der Verantwortung der Regierung, an der Verwirklichung der Entscheidungen positiv herausnehmen. „Wir blieben trotz alledem die alte Partei, aber unseren im Programm formulierten Aufruf richten wir nunmehr nicht allein an die Lohnarbeiter, sondern wir wollen als Partei der Demokratie die Mehrheit des Volkes umfassen.“ Er erklärte kategorisch, dass keinerlei Programm erstellt werden kann, wenn jene riesigen wirtschaftlichen Veränderungen, die der Weltkrieg in Deutschland hervorgerufen hat, nicht berücksichtigt werden.

Heinrich Ströbel, der im Ausschuss mit noch einem gegen die Annahme des Programmentwurfes gestimmt hat, legte in seiner Kongressrede dar, dass obzwar als einziger Ausweg die Sozialisierung bezeichnet wurde, sich im Kreise der Mitglieder des Ausschusses keine klare Vorstellung darüber ausgestaltet hat, was unter Gemeinwirtschaft eigentlich zu verstehen sei. Der oppositionelle Ströbel legte sie als völlige, demokratische Organisation des Wirtschaftslebens aus. „Im Rahmen der Gemeinwirtschaft, die noch keine sozialistische Wirtschaft ist, die aber immer mehr mit einem sozialistischen Gemeinschaftssinn ausgefüllt werden kann, muss vor allem in einigen Wirtschaftsgruppen eine völlige Sozialisierung, das heisst durch



Entfernung des Unternehmers eine teilweise Verwirklichung der völligen Sozialisierung durchgeführt werden.“

Friedrich Stampfer, ebenfalls Mitglied des Programmausschusses, liess sich mit Ströbel in bezug auf die Gemeinwirtschaft in eine Diskussion ein, doch zergliederte sein Diskussionsbeitrag vor allem eine sehr wesentliche grundsätzliche Frage: Wie soll das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat sein? Stampfer formulierte sehr scharf, seines Erachtens muss jeder, der die Republik bejaht, auch den Staat akzeptieren, demzufolge muss der seit Jahrzehnten geführten Auseinandersetzung über den Staat ein Ende bereitet werden. „Republik und Sozialismus, Republik und Sozialdemokratie sind zusammengehörende Begriffe . . . Staat und Sozialismus, Staat und Sozialdemokratie hängen miteinander zusammen.“<sup>15</sup> In den Worten Stampfers kann man jene Verschiebung ertappen, welche die rechtsorientierten Sozialdemokraten in der Weise durchgeführt haben, dass sie den Schutz der demokratischen Verfassung auf den ganzen Staat ausdehnten. Auf jenen bürgerlichen Staat, dessen Apparat – wie dies Julius Braunthal charakterisierte – noch immer die konservativ eingestellten Geheimräte, das Rechtssystem die reaktionären Richter beherrschten, das Heer vom Stand der adeligen Herren geleitet wurde und die Universitäten Sammelplätze der finsternen Reaktion blieben.<sup>16</sup> Es wird die bittere Stunde der Rechenschaftslegung kommen, nach der Machtergreifung Hitlers, da die ins Ausland geflohenen sozialdemokratischen Führer anerkennen werden, dass sie den schwersten Fehler damit begangen haben, dass sie den Staatsapparat des kaiserlichen Deutschlands im wesentlichen unangetastet belassen.

Zur skizzenmässigen Erörterung des Görlitzer Programms übergehend, besteht dies, den Traditionen entsprechend, aus zwei Teilen: aus einer grundsätzlichen Einleitung und einer Aufzählung der praktischen Aufgaben, die die verschiedenen Gebiete des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Lebens umfassen. Aus dem theoretischen Teil wollen wir zwei Absätze von entscheidender Bedeutung zitieren. „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind, zu gemeinsamen Erkenntnissen und Zielen, zur Kampfgemeinschaft für Demokratie und Sozialismus.“<sup>17</sup> In Görlitz manifestierte sich also die SDP nicht als Arbeiter, sondern als Volkspartei. Die Historiker der Friedrich – Ebert – Stiftung halten es für ein bedeutendes Moment, dass den Feststellungen bezüglich des Klassenkampfes (übrigens ein einziger Satz) ein ethischer Imperativ hinzugefügt wurde, nämlich dass jener eine historische Notwendigkeit und ein ethisches Erfordernis sei.<sup>18</sup>

Die andere wesentliche Stellungnahme ist das bedingungslose Auftreten für die Staatsform. „Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutz der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes.“ In der Geschichte der internationalen



Arbeiterbewegung gibt es kaum ein Beispiel dafür, dass sich eine Arbeiterpartei in einer so feierlichen Form, mit fast hymnischen Ausdrücken zu einem bürgerlichen Staat bekennt.

Was den zweiten Teil betrifft, forderten die Ersteller des Programms auf dem Gebiet der Sozialpolitik ein einheitliches Arbeitsrecht, die Zusage des Vereinigungsrechtes, ferner einen wirksamen Arbeiterschutz; in der Finanzpolitik setzten sie sich für ein der Leistungsfähigkeit des Kapitals entsprechendes, also ein progressives Steuersystem ein; hinsichtlich der Regierung waren sie für eine Demokratisierung sämtlicher Staatseinrichtungen, im Recht hingegen für die Ausgestaltung einer sozialen Rechtsauffassung, für gewählte Volksrichter und eine Umgestaltung der gesamten Rechtsschöpfung im sozialistischen Geist. In der Kultur- und Schulpolitik hielten sie die Liquidierung der kulturellen Monopole und eine Erziehung der Jugend im Geist der republikanischen Ideen für unerlässlich. Schliesslich meinten sie die wirksamste Garantie des Friedens in einem auf demokratischer Grundlage erfolgenden internationalen Zusammenschluss der Arbeiterklasse, in der Bildung eines Völkerbundes zu erblicken, und diesen Völkerbund stellten sie sich als eine tatsächliche Arbeits-, Rechts- und Kulturgemeinschaft vor.

Die wirkliche Reihenfolge umgehend haben wir die an der Spitze des Aktionsprogramms stehende Wirtschaftspolitik zum Schluss belassen. In diesem Teil ist zu lesen, dass der Boden, die Naturschätze und die Kraftquellen der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu stellen seien. Man müsse die Kontrolle des Reichs über dem kapitalistischen Eigentum der Produktionsmittel, vor allem über den Konzernen, Kartellen und Trusten verwirklichen. „Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bürokratisierung. Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften, Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zu einer Vertretung der sozialen und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.“<sup>19</sup>

Auch an kritischen Bemerkungen mangelte es nicht, weder zur Zeit unmittelbar nach dem Görlitzer Kongress, noch in den späteren Jahren. Der Verfasser der Publikation „Ein kritischer Kommentar“ wies darauf hin, dass die Teilnehmer an den Programmarbeiten, die dem Erfurter Programm ein Ende bereitet haben, vom Missmut gekennzeichnet waren. Dieser Missmut und diese Unsicherheit traten unter anderem auch darin zutage, dass die einzelnen Entwürfe voneinander abwichen und es selbst in den wesentlichsten Fragen keine Möglichkeit gab auf einen gemeinsamen Nenner zu gelangen. Aus der ersten Variante fehlte das Wort „Klassenkampf“, nach dem den Vorsitz führenden Wilhelm Molkenbuhr hat man es einfach vergessen.<sup>20</sup> Laut einer die deutschen sozialdemokratischen Parteiprogramme analysierenden Veröffentlichung vom Jahr 1926 hat man in Görlitz das Erfurter Programm in aller Stille zu Grabe getragen, das entscheidende Problem des Kongresses war, wie man eine Verbindung zwischen dem marxistischen, in Dogmen formulierten alten Erfurter



Programm und der opportunistischen Politik schaffen kann, die auf die neuen Notwendigkeiten, somit auch auf eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien blickte. Der Verfasser fand die grundlegende Differenz zwischen den beiden Programmen darin, dass die mehrheitliche Sozialdemokratie nicht weiter als Klassenpartei auftreten wollte, sondern eine Volkspartei, ja Kulturpartei zu sein wünschte. Sie erarbeiteten auch kein Agrarprogramm. Das sozialistische Endziel, dessen wichtigstes Mittel, die Übernahme der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, wurde in Görlitz nicht gefordert, der Begriff „Vollsozialisierung“ wurde fallengelassen, man sprach nur von der Gemeinwirtschaft. Der Verfasser erblickte den engsten Zusammenhang zwischen Programmrevision und Koalitionspolitik, das heisst mit der Absicht eines fortlaufenden Zusammenwirkens mit den bürgerlichen Parteien.<sup>21</sup>

Das Urteil der Nachwelt — wenn man so summarisch formulieren kann — schreitet eher in den Fusstapfen der Kritiker der 1920er Jahre. Nach Abendroth wich das Görlitzer Programm sowohl im Aufbau wie auch in seinem wesentlichen Inhalt vom Erfurter ab und war nichts anderes wie „ein eklektisches Konglomerat aus alten revisionistischen Theoremen und der Anpassung an die neue Lage“,<sup>22</sup> ohne dass es den Versuch unternommen hätte die neue Lage tatsächlich zu analysieren. Laut Feststellung einer Studie, welche die Auffassung der sozialdemokratischen Geschichtsforschung in der BDR zusammenfasst, heisst es: „Die Sozialdemokratische Partei stellt sich im Görlitzer Programm entschlossen auf den Boden der demokratischen Republik, die sie als ein Staatswesen anerkennt, in dem sich der Sozialismus partiell schon kräftig eingerichtet hat.“<sup>23</sup> Mit dieser Bewertung können wir uns einverstanden erklären, nur eine Bemerkung wollen wir hinzufügen: die Anerkennung der Weimarer Republik als ein Staatswesen, in dem und mit dessen Hilfe die Emanzipation der Arbeiterklasse sich stufenweise vollziehen kann, ist der Reformismus selbst, der — ohne das Wort auszusprechen — durch jede Zeile leuchtet, und der sich ausser einer feierlichen Verpflichtung Weimar gegenüber vor allem in den wirtschaftlichen Programmpunkten verkörperte.

*Die reformistische Idee der neuen Periode:  
die Wirtschaftsdemokratie*

Die Gestaltung der ideologischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie wurde um die Mitte des Jahrzehnts durch zwei Faktoren bestimmt: durch einen politischen und einen wirtschaftlichen. Der politische Faktor war die Wiedervereinigung der mehrheitlichen und der unabhängigen Sozialisten am Nürnberger Parteitag vom Jahr 1922, wo auf Antrag der Parteileitung der Beschluss gefasst wurde, ein neues Programm ausarbeiten zu lassen, das die geänderten Verhältnisse innerhalb der vereinigten Partei berücksichtigt.

Die Wirtschaftslage Deutschlands verbesserte sich bekanntlich seit 1924, den Kapitalisten gelang es die Produktion nach den politischen Erschütterungen in der ersten Hälfte der 1920er Jahre, den schwierigen



Folgen der französischen Besetzung, der mit schwindelnder Schnelligkeit zunehmenden Inflation zu stabilisieren. Darin spielte der Umstand eine bedeutende Rolle, dass Deutschland die Wiedergutmachung in Waren bezahlen konnte, die dadurch gesteigerte Nachfrage aber wirkte belebend auf die industrielle Produktion. Die Kapitalisten führten nach amerikanischem Muster und mit amerikanischem Kapital grossangelegte Rationalisierungen durch, die veralteten Betriebe wurden geschlossen, die menschliche Arbeitskraft wurde mit den modernsten Maschinen ersetzt, demzufolge zwischen 1924 und 1928 die dauernde Zunahme der Produktion von einer gleichzeitigen Verringerung der Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte begleitet war. Der Lebensstandard der Arbeiterklasse erreichte im grossen und ganzen das Niveau der Vorkriegszeit, was mit der nicht zu unterschätzenden Folge einherging, dass sich hauptsächlich im Kreise der Gewerkschaftsführer, aber auch in dem der Parteifunktionäre immer mehr jene Meinung und Stimmung kräftigten, dass die Folgen des Krieges und der Revolution ein für allemal liquidiert wurden, dass der eingetretene wirtschaftliche Aufschwung von Dauer sein und zum allgemeinen Wohlstand führen wird.

Diese Änderungen des Bewusstseins und der Stimmung wurden jedoch durch jene schädlichen Erscheinungen ausgeglichen, die unumgängliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Rationalisierung waren: die dauernde Arbeitslosigkeit, die Verminderung der Kaufkraft der Arbeiterklasse, die ständige Steigerung der Arbeitsintensität, sowie die Zunahme der Macht der Monopole und deren sämtliche Folgen. Man muss ferner berücksichtigen, dass nach dem anfänglichen Aufschwung und der Hoffnung – infolge der verhältnismässig mageren politischen und wirtschaftlichen Erfolge – in den Reihen der Sozialdemokraten eine mächtige Enttäuschung zu verzeichnen war. Wie nicht erstmals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ergriffen die „Gewerkschaftler“ die Initiative, um aus dieser Sackgasse einen Ausweg zu finden. Am *Breslauer Gewerkschaftskongress vom Jahr 1925* formulierte Tarnow die wichtigsten Merkmale der sich ausgestalteten Lage mit völliger Offenheit und zog daraus die Folgerung: „Jeder von uns weiss nun, dass im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man jahrzehntelang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tag, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Es ist schon notwendig zu fragen, ob das so bleiben muss, ob wir in unsere Arbeiterbewegung und ganz besonders in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die Massen glauben können, ein Ideal.“<sup>24</sup>

Die Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fanden auch das neue Ideal und begannen es zu verbreiten, die „Wirtschaftsdemokratie“, die sie nicht – und das ist eine sehr wichtige Tatsache – als eine für eine kurze Zeitspanne bestimmte Parole, sondern als eine in die zeitgenössische gesellschaftliche Wirklichkeit gestellte, auf zwei sich gesetzmässig kräftigenden Tendenzen beruhende, daher begründete Konzeption,



eine vielversprechende Perspektive verkündeten. Von den erwähnten Tendenzen meinten sie die erste in jener „Gesetzmässigkeit“ zu erkennen, wonach die Macht des Eigentums über dem Menschen im sinken sei. Ihre zweite These lautete, dass sich infolge des kodifizierten Arbeitsrechtes „der Arbeiter von der Sache zum Menschen erhob.“ Am Breslauer Gewerkschaftskongress konnte man auch eine solche Definition hören, dass die Wirtschaftsdemokratie nichts anderes sei, wie „die Wirtschaftslenkung durch die Schaffenden im Interesse der Schaffenden“. Der Kern dieser ganzen Auffassung war der Glaube, dass die Demokratie schon zur Gänze erkämpft wurde, ebenso auch die Gleichberechtigung der Klassen, folglich „dominiert über den einseitigen Interessen der einzelnen Gesellschaftsschichten das Interesse des Staates, des Volkes“.<sup>25</sup> Die Bedeutung des Breslauer Kongresses war jedoch damit nicht erschöpft, dass er im Zeichen der Suche nach einem Ausweg aus der ideologischen Krise eine durchaus neue Vorstellung verkündete und diese anstrebenswert zu gestalten versuchte. Breslau kann deshalb für einen wichtigen Meilenstein auf dem historischen Weg der Sozialdemokratie angesehen werden, weil die dortigen Debatten und Beschlüsse den ebenfalls 1925 abgehaltenen Heidelberger Parteitag weitgehend beeinflussten, somit übertrug sich die Problematik der Wirtschaftsdemokratie von der Gewerkschaftsbewegung auf das höchste Parteiforum und gewann daher an Gewicht.

Der Ablauf des Heidelberger Parteikongresses, das dort angenommene neue Programm tragen die Merkmale der weiter oben umschriebenen gegensätzlichen, einander jedoch ergänzenden Bestrebungen der sozialdemokratischen Bewegung an sich, was demzufolge als eine sehr eigenartige politische Formel angesehen werden kann. Was die Vorgeschichte des Parteitages betrifft, möge nur das erwähnt werden, dass obwohl Bernstein auch diesmal Mitglied des Programmausschusses war, für die Arbeiten die Ansichten des Vorsitzenden dieses Ausschusses, Kautzkys ausschlaggebend waren. Als Rudolf Hilferding den Programmentwurf dem Parteitag vorlegte, gab er bekannt, dass bei Erstellung dessen der seitens Kautzkys ausgearbeitete Vorschlag als Grundlage diene. In das Programm wurde der für die sozialdemokratischen Ohren so bekannte Ausdruck wieder aufgenommen, wonach *das Heidelberger Programm eine Rückkehr zum Erfurter war*. Im Gegensatz zum Görlitzer wurde das Programm wiederum in zwei Teile geteilt, in einen grundsätzlichen Teil und in ein Aktionsprogramm. Der grundsätzliche Teil ging von der Erkenntnis aus, dass der wirtschaftliche Aufschwung – kraft der immanenten Gesetzmässigkeiten des Kapitalismus – zur Kräftigung der kapitalistischen Grossbetriebe und zur Verdrängung der Kleinbetriebe in den Hintergrund geführt hat. Das Ziel der Arbeiterklasse bezeichnete er in der Schaffung des gesellschaftlichen Eigentums. „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf... Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“<sup>26</sup>



Das Aktionsprogramm wiederholte im wesentlichen die Forderungen des Görlitzer Programms, doch fallen uns einige sehr beachtenswerte Änderungen ins Auge. Im Programmpunkt bezüglich der Wirtschaftspolitik ist zu lesen: die sozialdemokratische Partei fordert die „Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.“ Auffallend ist, dass der Prozess einer Demokratisierung der Wirtschaft, die Erkämpfung des Entscheidungsrechtes der Arbeiter hier mit der Tätigkeit der Gewerkschaften verbunden wurden. Hinsichtlich der Entwicklung der sozialdemokratischen Theorie ist die folgende Feststellung vielleicht von noch grösserer Bedeutung: „Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.“<sup>27</sup> Das war der erste Fall in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, da die Zielsetzung der Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in ihr Programm aufgenommen wurde.

Wenn wir nun das Heidelberger Programm umfassen betrachten, wird es kein Historiker bezweifeln, dass es gegenüber dem Görlitzer ein Schritt nach vorne war, indem es das Ansehen der grundlegendsten marxistischen Thesen wiederhergestellt und überhaupt den klassenkämpferischen Standpunkt gefestigt hat. Beim Lesen des Textes kann auch das nicht bezweifelt werden, dass es die Sozialdemokratie um vieles weniger dem Weimarer System verpflichtet hat, obwohl es die demokratische Republik nach wie vor als entsprechenden Schauplatz des Kampfes um die Verwirklichung des Sozialismus betrachtete. Auch das kann nicht strittig sein, dass die Frage, warum die Rückwendung zu Erfurt erfolgt ist, bloss die in der Person Kautzkys sich verkörpernden Kontinuität nicht zufriedenstellen erklären kann, obzwar es unrichtig wäre die Bedeutung dieser Tatsache zu unterschätzen. Entscheidend ist dennoch der Gesichtspunkt, wonach das Heidelberger Programm ein aktuelles politisches Bedürfnis befriedigte und die Person Kautzkys gerade deshalb in den Vordergrund geraten ist, weil dies den sich zu jener Zeit an einem Pol der Sozialdemokratie angehäuften politischen Forderungen entsprochen hat. Wir würden jedoch einen grossen Fehler begehen, wenn wir das Programm von einem einzigen Aspekt aus beurteilen würden, nämlich aus dem, inwiefern es für marxistisch angesehen werden kann, und vergessen würden, dass hier eigentlich nicht Kautzky die Hauptrolle spielte. Hilferding legte nämlich in seinem Referat keineswegs auf den ersten Teil des Programms, das sich mit theoretischen Fragen befasste den Nachdruck, vielmehr beschäftigte er sich ausführlich mit wirtschaftspolitischen Fragen, wobei er solche Ansichten betonte, die im Endergebnis mit den aus dem Erfurter Programm übernommenen alten Thesen unvereinbar waren. *Der Heidelberger Parteitag war also nicht allein Schauplatz des Zustandekommens eines Parteiprogramms mit marxistischem Anspruch, sondern auch jener der Anerkennung der Konzeption bezüglich der Wirtschaftsdemokratie zugleich.* Da wir jetzt bei der Grundfrage des Refor-



mismus der deutschen Sozialdemokratie zwischen den beiden Weltkriegen angelangt sind, lohnt es sich den Gedankengang des mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrages von Hilferding eingehend zu erörtern.

— Zur Zeit Erfurts wurden die Früchte einer seit Jahrzehnten dauernden theoretischen Arbeit eingebracht, das dort angenommene Programm legte die Gesamtauffassung der deutschen Sozialdemokratie fest. Heute liegt die Sache anders: „Trotzdem ist die vorliegende Arbeit der Programmkommission nicht als eine solche zu bezeichnen, die nur dem Bedürfnis der Stunde genügt und nicht Bestand hat. *Was wir in dem grundsätzlichen Teil festgelegt haben, ist vielmehr heute Gemeingut der Anschauung der Partei und jedes ihrer Mitglieder.*“ (Heraushebung von mir — S. V.) In welcher Richtung müssen wir die Arbeit nach Annahme dieses Programms fortsetzen? Nach der Revolution beschäftigte uns die Art und Weise der Verwirklichung des Sozialismus, die Erfahrung bereicherte uns mit zahlreichen neuen Erkenntnissen. Vor allem müssen wir uns von dem alten Begriff des Staatssozialismus lösen, der bei einem Teil unserer Mitgliedschaft immer noch eine Rolle spielt. „Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, dass der Prozess der Sozialisierung nur geleistet werden kann, wenn er zugleich ein Prozess der *wirtschaftlichen Demokratisierung* ist.“ (Heraushebung von H.) Gegenüber der Auffassung, dass das Wirtschaftsleben von einer staatlichen Bürokratie gelenkt werden könnte, sind wir der Ansicht, dass die Wirtschaftslenkung eine Angelegenheit der Erzeuger selbst sein muss. „Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung vom Sozialismus sofort in schärfsten Gegensatz nicht nur zum Staatskapitalismus, der in einzelnen Konzeptionen vorhanden war, sondern auch zu jenem Sozialismus der Despotie, wie ihn die *Bolschewiki* in Russland zu verwirklichen trachten. Untrennbar vom Begriff des Sozialismus war für uns also der Begriff der Demokratie, der Freiheit.“ (Heraushebung von H.)

Aus dieser Vorstellung folgt, dass wir das System der Wirtschaftsräte, von den Betriebsräten aufwärts, für eine unerlässliche Vorbedingung hielten, um die Neuorganisation der Wirtschaft durchführen zu können. In dieser Frage waren wir sofort einer Meinung mit den Gewerkschaften, die zugleich mit den neuen Aufgaben auch neue Ziele erhielten. Während sie ehemals um bessere Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft kämpften, „drängte sich in dieser Situation den Gewerkschaften aus ihrem täglichen gewerkschaftlichen Kampf heraus das sozialistische Ziel der Wirtschaftsdemokratie und der Neuorganisation der Wirtschaft von selbst auf und verband sie mit uns in einem wahrhaft sozialistischen Geist.“

Die wirtschaftliche Lage setzte die unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus auf die Tagesordnung. Daneben war ein anderer wichtiger Faktor die Er kämpfung der Demokratie, die Abschaffung der Obrigkeitsstaaten in ganz Mitteleuropa. Die Demokratie bedeutet für uns nicht allein das Gegenteil des Obrigkeitsstaates, sondern mehr als dies. Sie bedeutet, dass das Schicksal des Staates und innerhalb diesen die Gestaltung ihres eigenen von der politischen Entscheidung der grossen Massen abhängig ist.



Unser Aktionsprogramm stellt in zwei Punkten einen wesentlichen Fortschritt dar: einerseits mit der Formulierung und Systematisierung der sozialpolitischen Forderungen, andererseits damit, was wir über die Verfassung und das Regieren sagten. An die erste Stelle setzten wir den Ausbau und die Verteidigung der demokratischen Republik, wobei aber zu betonen ist, dass für uns der „Ausbau“ den Ausbau des Einheitsstaates bedeutet. Zur Er kämpfung der Demokratie müssen wir die mittleren Schichten gewinnen: die Unterstützung der geistigen Arbeiter, der Angestellten, ferner der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer.<sup>28</sup>

Aus dem Referat Hilferdings über das neue Parteiprogramm kann unter anderem jene Schlussfolgerung gezogen werden, dass vor allem aus diesem der Januskopf des Heidelberger Programms erkenntlich wird. Hilferding bekannte offen, dass der grundsätzliche einleitende Teil im Endergebnis nur aus Gründen der historischen Tradition aufgenommen wurde, zum Verständnis und zur Durchführung der gegenwärtigen Aufgaben ist er nicht richtunggebend. Er war der wirkliche Initiator in Heidelberg, dessen Worte von seinem unerschütterlichen Glauben an ein wirtschaftliches Aufblühen des Kapitalismus und an die Perspektive der bürgerlichen Demokratie zeugen, und zwar nicht allein hinsichtlich Deutschlands sondern auch der benachbarten Länder. Auf diese Weise brachte seine Argumentation in adäquatester Art jene Zufriedenheit und jenen Optimismus zum Ausdruck, die angesichts der Erfolge der Wirtschaftsstabilisation seit der Mitte des Jahrzehnts verhältnismässig breite Arbeitermassen ergriffen haben.

Die Idee der Wirtschaftsdemokratie strömte durch die Wände des Sitzungssaales, dafür sorgte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. In seinem Auftrag veröffentlichte 1928 Franz Naphtali seine Arbeit „Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel“. Wir wollen von den in dieser enthaltenen ideologischen Elementen nur auf einige aufmerksam machen. Von der Veränderlichkeit der Struktur, des Kapitalismus ausgehend behauptete er, dass bevor man diesen brechen würde, er „gebogen“ werden kann. Der Kampf geht ums Endziel, aber auch um eine sofortige Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es wurden die Einschränkung des kapitalistischen Despotismus und ein gewisses Ausmass von Freiheit in den wirtschaftlichen Beziehungen ermöglicht. Seitdem sich die politischen Vertreter der Arbeiterschaft in mehreren Ländern aktiv an der parlamentarischen Arbeit beteiligen, auch wenn sie gegebenenfalls in Minderheit sind, ferner am Kontinent und in Übersee an die Regierung gelangten, oder sich mit anderen Parteien zusammen an der Regierung beteiligen und die Gewerkschaft der Machthaberei der Unternehmer unzweideutig Einhalt gebot, ist es zur dringenden Notwendigkeit geworden, dass die Arbeiterschaft alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zwecks Umgestaltung der Gesellschaft einsetze.

In den Betrieben kann der Despotismus der Unternehmer ausschliesslich durch Ausübung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter gestürzt werden, mit denen man fortan nicht mehr so umgehen kann wie mit rechtlosen Gegenständen. Auch das Gesetz eilt den Arbeitern zu Hilfe. Wir



zitieren jenen Teil, in dem Naphtali in konkretester Weise darlegte, wie er sich die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie in der Praxis vorstellte: „Um so weniger lässt sich die staatliche Einmischung vermeiden, wenn es sich um die Schaffung der demokratischen Grundlagen für die gesamte Wirtschaft handelt. Hier gilt es, planmässige Wirtschaftsführung im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen, wozu die Organisation der Wirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus an Stelle der privatkapitalistischen Gewinnsucht gehört. Der Weg führt über die Übernahme der lebenswichtigen Betriebe durch die öffentliche Hand, über die Erweiterung des Bereichs der öffentlichen Wirtschaft, über die Durchsetzung der planwirtschaftlichen Regelung und über die Wandlung des Eigentumsrechtes mit dem Ziel, das Privileg des Besitzes aufzuheben. Das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit unter die Interessen der Allgemeinheit und der Kampf der Arbeiterschaft für die Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zum Sozialismus ebenso sehr ein Kampf für das Wohl der Allgemeinheit, wie ihr politischer Kampf nicht nur der Eroberung des Wahlrechts für die Arbeiterschaft, sondern der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts und der politischen Demokratie galt.“<sup>29</sup> Dieses herausgegriffene Zitat bestätigt auch, dass die Propagatoren der Wirtschaftsdemokratie diese nicht mit dem Sozialismus identifizierten, vielmehr hielten sie erstere für eine Vorstufe, und auch darüber kann kein Zweifel bestehen, dass sie ihr Ziel als erreichbar hielten: mit Hilfe des Weimarer Volksstaates, der von den schaffenden Klassen zum Teil beherrscht wurde, vermögen sie die Macht des Kapitals einzuschränken, die Elemente der sozialistischen Planwirtschaft einzuführen.

Nach Besprechung der Broschüre Naphtalis müssen wir zur Hauptlinie der Studie zurückkehren, zur Verfolgung des Weges des Reformismus. In der Entwicklung dieser Gedankenwelt bildete der *Kieler Parteitag vom Jahr 1927* den Beginn der folgenden Etappe. Der Referent des wichtigsten, des 5. Punktes der Tagesordnung (Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik) war auch diesmal Hilferding, der sozialdemokratische Ideologe Nummer 1 dieser Periode. Im einleitenden Teil seines Referats erklärte er, dass es nun leichter sei sich über die zukünftige Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu äussern, als nach dem Krieg, da sich seit 1918 jetzt zum ersten Mal eine allgemeine, das heisst sich auf die gesamte Weltwirtschaft erstreckende Besserung zeigt. Seine erste wichtige theoretische Feststellung lautet: „Da ist das Entscheidende, dass wir augenblicklich in der Periode des Kapitalismus uns befinden, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der *Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft*.“ (Heraushebung von H.)

Es ist nicht uninteressant unter die Lupe zu nehmen, welche Beweise Hilferding zur Unterstützung seiner berühmten These, des *organisierten Kapitalismus* anführt. Sein Argument technischen Charakters war, dass neben



dem Dampf und der Elektrizität immer mehr die synthetische Chemie in den Vordergrund tritt. Die andere kennzeichnende Eigenart erblickte er darin, dass die kapitalistische Industrie von Beginn an bemüht war sich der seitens der technischen Entwicklung gebotenen Möglichkeiten organisiert zu bedienen. An dritter Stelle erwähnte er die Internationalisierung der Industrie, die sich in dem Bestreben realisierte, dass die nationalen Monopolorganisationen, die Kartelle und Trusts in internationalen Masstäben organisiert werden. An letzter Stelle nennt er das, dem er vielleicht die grösste Bedeutung zugemessen hat: „Wir haben heute alle das Gefühl, dass auch der Privatbetrieb, die Wirtschaftsführung des einzelnen Unternehmers aufgehört hat, Privatsache dieses Unternehmers zu sein.“ Abermals definierte er den organisierten Kapitalismus, hier in einer etwas abweichenden Form: „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den *prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmässiger Produktion.*“ (Heraushebung von H.)

Die Aufgabe seiner Generation bestimmte Hilferding folgendermassen: „Das heisst nichts anderes, als dass unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewussten gesellschaftlichen Regelung diese von den *Kapitalisten* organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den *demokratischen Staat* geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ (Heraushebung von H.) Im weiteren wiederholte er seine früheren Äusserungen über die gesteigerte Rolle der Gewerkschaften, darüber, dass sie für die Verwirklichung der Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie kämpfen müssen.

Vermutlich bewegten die noch immer nicht verstummten oppositionellen Stimmen Hilferding dazu, sich eingehend mit den Fragen der Demokratie, namentlich mit der der bürgerlichen Demokratie zu befassen. Er behauptete, dass die Demokratie, geschichtlich geprüft, stets die Sache des Proletariats war. Er widersetzte sich den über die „Bürgerliche Demokratie“ betonten Ansichten und brandmarkte diese sowohl vom Aspekt des Historismus wie auch von dem der gesellschaftlichen Analyse als falsche Fragestellung. „Die Demokratie wurde zu unserer Sache“ – betonte er. Ebenso beurteilte jedes Gerede über die „formale Demokratie“ als Irreführung. Die wirkliche Gefahr erblickte er darin, dass das Proletariat in zahlreichen Ländern die Wichtigkeit der Freiheit, der Demokratie noch nicht erkannt hat.

Aufgrund der aus obigen Erörterungen gezogenen Folgerungen bestimmte er den Bereich der praktischen Aufgaben: für den Einheitsstaat zu kämpfen, weil dies die Hauptbedingung dafür ist die Gemeindeautonomie zu verwirklichen, sowie an der Arbeit der kommunalen und provinziellen Körperschaften tunlichst aktiv teilzunehmen. Ein interessantes Element dieser ganzen Problematik ist der Schutz Preussens, in dem zu jener Zeit 3/5 des deutschen Volkes lebten. Hilferding griff jene Praxis an, wonach der wichtigste Staat gerade im Zeichen des Föderativprinzips seiner Rechte beraubt wurde. (Ich möchte den Leser darauf aufmerksam machen, was über das „rote Preussen“ geschrieben wurde.)



Von den Diskussionsbeiträgen wollen wir nur einen hervorheben, den von Tony Sender, wegen seiner charakteristischen Äusserungen: „Man hat in der sozialistischen Bewegung der Welt lange Zeit die Begriffe *Reformismus* und *Revolutionismus* als Gegensätze gegenübergestellt. Wir sind uns heute wohl einig daran, dass die beiden Begriffe keine Gegensätze mehr sind.“<sup>30</sup> (Heraushebung von S.)

Auf die Beziehung bzw. Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-demokratie und organisiertem Kapitalismus können wir nur folgern, in erster Linie aus der Rede Hilferdings, denn dieser Fragestellung begegnen wir weder bei ihm, noch bei den bekanntesten Monographen. Stark vereinfacht können wir diesen Zusammenhang folgendermassen definieren: der durch den wirtschaftlich-technischen Fortschritt bedingte organisierte Kapitalismus ist ein umfassender Begriff, gleichsam Rahmen und zugleich Vorbedingung einer Schaffung der Wirtschaftsdemokratie, deren wichtigster Hebel die demokratische Staatsgewalt ist. Unter Leitung und mit Hilfe der letzteren erfolgt die Umpflanzung der Wurzeln der sozialistischen Planwirtschaft in den Boden der kapitalistischen Wirtschaft, die immer mehr einen gesellschaftlichen Charakter annimmt.

*Am Kieler Parteitag der SPD wurde — als logische Fortsetzung der Heidelberger „Öffnung“ — die Theorie des „organisierten Kapitalismus“ Hilferdings angenommen und zur offiziellen Parteidoktrin erhoben.*

In den beiden folgenden Jahren, bis zum Übergreifen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland, hatte die reformistische Konzeption noch eine Auslaufmöglichkeit. Der Hamburger Gewerkschaftskongress verabschiedete eine Proklamation über die Wirtschaftsdemokratie. Auch diese Tatsache spricht dafür, dass die Konzeption eines organisierten Kapitalismus Sache der SPD war, während die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie — infolge der seitens Hilferdings wiederholt angedeuteten Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft — dem Aufgabenbereich der Gewerkschaftsbewegung angehörte. Der Magdeburger Parteitag vom Jahr 1929 — der letzte in der Periode des Aufschwungs — setzte die Krone jener ideologischen Entwicklung auf, die der Ausgang der Parlamentswahlen vom Vorjahr, das Zustandekommen der grossen Koalition zu untermauern schien. Die Meinung der Geschichtsschreibung der DDR summiert die aus acht Bänden bestehende Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weise, dass der Magdeburger Parteitag eine der wichtigsten Etappen im Prozess der Ausarbeitung der reformistischen Konzeption war.<sup>31</sup>

### *Übergangsrenaissance des Radikalismus*

Auch ohne Beweisführung liegt die Behauptung auf der Hand, dass es in einem den verheerendsten Wirkungen einer Weltwirtschaftskrise ausgesetzten Land einfach unmöglich gewesen wäre, eine Konzeption zu verteidigen, die in den Jahren des Aufschwungs zustandekam. Die Weimarer Republik erwies sich als völlig unfähig die unglaubliche Ausmasse annehmende Arbeitslosigkeit zu bezwingen, ja sie vermochte sogar das Elend der Millionen von Arbeitslosen nicht zu lindern. Drohender den je tauchte



die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung auf, daher musste die Zielsetzung der Wirtschaftsdemokratie fallen gelassen werden, die Sozialdemokraten setzten ihre gesamte Energie zur Lösung der politischen Fragen ein. Der „Krisenkongress“ der SPD fand 1931 in Leipzig statt; dies war der letzte Parteitag vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. In den 1930er Jahren verschärfte sich der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, und ein bedeutender Teil der Letzteren bekannte sich zum „kleineren Übel“; diese Fragen standen auch in Leipzig im Vordergrund.

Nach der Machtergreifung – das ist mit Unterlagen nachweisbar – unternahm die führende Garnitur der Gewerkschaften vergeblich Versuche sich von der SPD zu distanzieren, die Fachorganisationen jenem Schlag zu entziehen, der die politischen Organisationen der Sozialdemokraten traf, beziehungsweise der auf sie wartete. In der Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 5. April 1933 erklärte Theodor Leipart, der Carl Legien an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung folgte, in seinem Diskussionsbeitrag: „Einer Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens würde der ADGB umso bereitwilliger zustimmen, als er selbst schon in früherer Zeit wie auch in den letzten Jahren dahingehende Bestrebungen unterstützt und selbst angeregt habe.“<sup>32</sup> Um Mitte April wurden auch Verhandlungen zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und den Vertretern der Nazis gepflogen. Es ist eine bekannte Tatsache, dass der einer totalen Macht zustrebende faschistische Staat selbst das Bestehen derartig nachgiebiger und bereitwilliger sozialistischer Gewerkschaften nicht dulden konnte. Zuerst zerschlug er die Betriebsräte, sodann zwang er die Mitgliedschaft des aufgelösten ADGB der Deutschen Arbeitsfront beizutreten.

Als letztes Kettenglied des Gedankenganges der Studie bleibt nur noch die Analyse eines Dokuments übrig. *Das Prager Manifest der emigrierten sozialdemokratischen Parteiführung (SOPADE) vom Jahr 1934* ist ein Dokument einzig in seiner Art. Der von Hilferding in Paris komponierte und nach Prag gesandte Entwurf wurde am 10. Januar mit zwei Gegenstimmen angenommen und acht Tage später veröffentlicht. Es ist keine Übertreibung zu behaupten, dass sozusagen an jeder Zeile dieses Manifests die Schockwirkung spürbar ist, die bei den ins Ausland geflüchteten Leitern die von den Nazis erduldeten schrecklichen Schläge verursacht haben. Bittere Selbstprüfung, eine selbstkritische Analyse des seit 1918 zurückgelegten Weges, eine bereits in Vergessenheit geratene revolutionäre Tongebung, die dem totalen Braunhemdenstaat die gleichfalls totale Revolution gegenüberstellende Richtungsnahe: diese sind die allgemeinen Kennzeichen des Manifests. Der Sieg der Faschisten war dazu notwendig, dass die Sozialdemokraten einen solchen Satz niederschreiben: „Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiss, ist für Reformismus und Legalität keine Stätte. Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Eroberung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Behauptung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Die Taktik bedient sich zum Sturz der Dikta-



tur aller diesem Zweck dienenden Mittel.“ Dieser bedeutungsvolle halbe Satz: ist für Reformismus und Legalität keine Stätte, könnte nur schwer anders ausgelegt werden, wie ein Geständnis, sie fällten eigentlich ein Urteil über sich selbst und die gesamte sozialdemokratische Politik der Weimarer Ära. Auch das ist gewichtig, dass in einem Parteidokument das Wort „Reformismus“ vorkommt – erstmals seit 1918.

Im Zeichen der Selbstprüfung geriet auch das III. Kapitel („Die Ausübung der Macht“) in das Manifest, indem sich auch dieses auf die Vergangenheit, auf die gegenüber der Weimarer Demokratie verfolgte Politik bezieht. „Dass sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging. Die neue Situation schliesst jede Wiederholung aus.“

Eine eingehende Erörterung der sich auf dem Zusammenschluss mit den Kommunisten und den Mitgliedern der Fraktionen, auf eine restlose wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Revolution bezogen, schien nicht für zweckmässig, vor allem deshalb, weil sich von alledem nichts verwirklicht hat. Es verdient hingegen erwähnt zu werden, dass das Manifest die Kriegsgefahr ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprechend eingehend erörterte und die Aufmerksamkeit den räuberischen Plänen Hitlers zuwandte. Der weiteren, ganz genau der Zukunft nach dem zweiten Weltkrieg gilt folgender Absatz: „Die Sozialdemokratie wird sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch von aussen wenden, einen kriegesischen Zusammenbruch der Despotie in Deutschland zu einer Zerstückelung Deutschlands auszunutzen. Sie wird keinen Frieden anerkennen, der zur Zerreissung Deutschlands führt und eine Hemmung seiner freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet.“<sup>33</sup>

Bei Bewertung des Dokuments müssen zwei wichtige Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Auf einen haben wir bereits hingewiesen, nämlich dass das in jenem umrissene gesellschaftlich-politische Programm nicht in die Praxis übergegangen ist. Die Prager Führer gingen nämlich von der Voraussetzung aus, dass sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus abermals zuspitzen werden, dies die Massen mobilisieren wird und damit die Stunde des Massenkampfes gegen den Faschismus gekommen ist; sie begründeten also ihre Berechnungen auf die alten Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie vermochten sich es überhaupt nicht vorzustellen, dass das faschistische System fähig sein wird sich selbst zu festigen. Der andere Gesichtspunkt bezieht sich auf die Beurteilung der Prager Emigrationsführer. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass ihre Mitglieder ausschliesslich ein innerer Zwang, der Drang nach einer Gewissensprüfung zur Selbstkritik bewegten. Es fielen die Gesichtspunkte des parteipolitischen Kampfes, sowie die Notwendigkeit eines Kampfes gegen den Einfluss der linksgerichteten Sozialdemokraten gewaltig ins Gewicht, da sie die letzteren wegen ihrer gesamten verfehlten Politik heftig angriffen. Damals, im Jahr 1934 konnte es noch den Anschein haben, dass sich die legale und illegale Tätigkeit gegen den Nazismus innerhalb kurzer Zeit kräftigen wird,



und für sie war es keineswegs gleichgültig, wer die im Lande schon tatsächlich zustande gekommenen Widerstandsgruppen leiten wird.

Aus dem allen können wir die Schlussfolgerung ziehen, dass *das Prager Manifest vom Jahr 1934 das Produkt eines aussergewöhnlich seltenen geschichtlichen Augenblicks ist, dessen revolutionärer Geist die Folge einer ausserordentlichen Situation darstellt und das vielmehr als Abschluss der vorangehenden Weimarer Ära als für den Auftakt einer neuen Epoche betrachtet werden kann.* Dieses zeitgeschichtliche Dokument von grossem Quellenwert hatte keinerlei Fortsetzung in irgendwelchem Sinn. Die späteren, in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg abgegebenen prinzipiellen Erklärungen und Stellungnahmen der deutschen sozialdemokratischen Politiker lassen keinen Zweifel darüber zu, dass sie zukünftig nicht den Spuren des Prager Manifests zu folgen beabsichtigten. Die reformistische Idee erwachte nach 1945 unter stark veränderten heimischen und internationalen Bedingungen zu neuem Leben.

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Bezüglich der Geschichte Deutschlands nach 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Revolutionen s. einschlägige Kapitel in *Tokody, Gy.: Németország története* (Geschichte Deutschlands). Bp. 1972 und *Németország* (Deutschland) 1918–1919. Bp. 1980.
- <sup>2</sup> Zitiert in *Werner, W. E.: Sozialdemokratie*. Wien – Köln – Graz, 1979, S. 77.
- <sup>3</sup> *Bernstein, E.: Ein revisionistisches Sozialismusbild*. Berlin – Bonn – Bad Godesberg, 1976. S. 157–158.
- <sup>4</sup> Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg, 1929. S. 170.
- <sup>5</sup> *Abendroth, W.: Ein Leben in der Arbeiterbewegung*. Frankfurt am Main, 1976. S. 109.
- <sup>6</sup> *Schmidt, H.: Beiträge*. Stuttgart, 1967. S. 129.
- <sup>7</sup> *Krause – Burger, S.: Helmut Schmidt*. Düsseldorf – Wien, 1980. S. 270.
- <sup>8</sup> *Klönne, A.: Die deutsche Arbeiterbewegung*. Düsseldorf – Köln, 1981. S. 220–222.
- <sup>9</sup> Kommentar zu den kommunalpolitischen Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin, 1929. S. 6.
- <sup>10</sup> *Pothoff, H.: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945*. Bonn, S. 200–201.
- <sup>11</sup> *Klönne, A.: gen. Werk*, S. 190.
- <sup>12</sup> A. a. O. S. 191.
- <sup>13</sup> Angaben bezüglich der Schichtung der Arbeiterklasse und der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der SPD s. Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus. Hamburg, 1980, S. 116–120 und *Pothoff, H. gen. Werk*, S. 99–100.
- <sup>14</sup> *Bernstein, E.: Zur Frage eines neuen Parteiprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. In: *Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge für seine Erneuerung*. Berlin, 1920, S. 25 und 28.
- <sup>15</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Görlitz vom 18.–24. September 1921. Berlin, 1921, S. 302 und 305.
- <sup>16</sup> *Braunthal, J.: Geschichte der Internationale*. Bd. 2. Berlin – Bonn, 1978. S. 235.
- <sup>17</sup> Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Berlin – Bonn – Bad Godesberg, 1973. S. 196.
- <sup>18</sup> A. a. O. S. 32.
- <sup>19</sup> A. a. O. S. 197–198.
- <sup>20</sup> *Schöler, H.: Das Görlitzer Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Ein kritischer Kommentar. Detmold, 1922. S. 10.
- <sup>21</sup> *Boom, E. van den: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Lichte ihrer Parteiprogramme*. Gotha, Erfurt, Görlitz, Heidelberg, M. Gladbach, 1926. S. 7–11.
- <sup>22</sup> *Abendroth, W.: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*. Frankfurt am Main, 1964. S. 57.



- <sup>23</sup> Programmatische Dokumente ... gen. Werk, S. 32.
- <sup>24</sup> Zitiert von *Beer, H.*: Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. Neuwied–Berlin, 1971. S. 20.
- <sup>25</sup> Zitiert von *Kulbakin, V. D.*: *Germanskaia sozial–demokratija 1924–1933*. gg. Moskau, 1978. S. 68.
- <sup>26</sup> Programmatische Dokumente... gen. Werk, S. 206.
- <sup>27</sup> A. a. O. S. 211–212.
- <sup>28</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll. Berlin, 1925. S. 272–282.
- <sup>29</sup> *Naphtali, F.*: Durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus. In: Rainer, Nitsche–Walter, Kröber: Grundbuch zur bürgerlichen Gesellschaft 2. Darmstadt–Neuwied, 1979. S. 225–227.
- <sup>30</sup> Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll. Berlin, 1927. S. 165–184.
- <sup>31</sup> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Berlin. 1966. S. 204.
- <sup>32</sup> *Heer, Hannes*: gen. Werk S. 166.
- <sup>33</sup> Programmatische Dokumente... gen. Werk S. 214–217 und 224. Zur Entstehung des Prager Manifests s. *Gleissberg, G.*: SPD und Gesellschaftssystem. Frankfurt am Main, 1973 und *Matthias, E.*: Sozialdemokratie und Nation. Zur Ideengeschichte der Sozialdemokratischen Emigration 1933–1938. Stuttgart, 1952. (einschlägige Kapitel).